

Telefon: 0 233-44696
Telefax: 0 233-989 44696

Kreisverwaltungsreferat
Hauptabteilung II
Einwohnerwesen
Ausländerangelegenheiten
KVR-II/3Sts

„Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“ (Quelle: Dr. Angela Merkel)
Antrag Nr. 14-20 / A 02449 der Stadtratsgruppierung ALFA vom 12.09.2016

Sitzungsvorlagen-Nr. 14-20 / V 07532

1 Anlage

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 13.12.2016 (SB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	2
1. Stellenbesetzung in der Ausländerbehörde im Bereich Vollzug	2
2. Abstimmung Referate	4
3. Unterrichtung des Korreferenten und der Verwaltungsbeirätin	4
II. Antrag des Referenten	5
III. Beschluss	5

I. Vortrag des Referenten

Mit Antrag vom 12.09.2016 fordert die Stadtratsgruppierung „ALFA“, dass die Anzahl der Mitarbeiter in der Ausländerbehörde, die vorrangig für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zuständig sind, in einem ersten Schritt auf 18 Stellen verdreifacht wird. Nach 18 Monaten soll sich der Stadtrat automatisch erneut mit der Personalausstattung der für die Rückführung zuständigen Stelle unter Berücksichtigung und Darstellung der relevanten Zahlen befassen.

Zur Begründung wird insbesondere ausgeführt, dass es nun das Wichtigste sei, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben, um den wirklich Hilfsbedürftigen helfen zu können. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, müsse man entschlossen jene in ihre Heimat zurückschicken, die nicht schutzbedürftig sind.

Für die Rückführung in der Landeshauptstadt München sei die Ausländerbehörde zuständig. Dort seien, laut Auskunft der Verwaltung, sechs Mitarbeiter mit dieser Aufgabe betraut. In München würden mehrere Tausend ehemalige Asylbewerber ohne Bleibeperspektive leben. Sechs Mitarbeiter seien hier völlig überfordert.

1. Stellenbesetzung in der Ausländerbehörde im Bereich Vollzug

Allgemein ist zunächst darauf hinzuweisen, dass ein Teil der Flüchtlinge eine Bleibeperspektive in Deutschland hat, ein anderer Teil von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen betroffen sein wird, ein nicht unerheblicher Teil der Betroffenen nach negativem Asylverfahren – ggf. mit Unterstützung des beim Sozialreferat angesiedelten Büros für Rückkehrhilfen – selbst organisiert in die Herkunftsländer zurückkehrt und ein weiterer Teil aus anderen Gründen als Asyl ein Aufenthaltsrecht erhält.

Die Prüfung der Aufenthaltsbeendigung und ggf. der Vollzug der Aufenthaltsbeendigung ist eine gesetzliche Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. Die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt München ist dieser Aufgabe in der Vergangenheit immer nachgekommen und wird sie auch künftig konsequent erfüllen.

In Bezug auf den oben dargestellten Antrag ist aber letztlich entscheidend, dass – zum jetzigen Zeitpunkt – kein Handlungsbedarf für die Zuschaltung weiterer Stellen für die Ausländerbehörde besteht, da derzeit ausreichend Planstellen für den Vollzugsbereich zur Verfügung stehen:

Insofern ist insbesondere auf den Stadtratsbeschluss vom 29.07.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 03690) sowie auf den Stadtratsbeschluss vom 15.06.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06220) hinzuweisen. Mit diesen Stadtratsbeschlüssen wurde für die Ausländerbehörde eine Personalzuschaltung von über 100 VZÄ (befristet auf die Dauer von drei Jahren) genehmigt.

Hiervon sind insgesamt 17 VZÄ für die Sachbearbeitung im Vollzugsbereich des Sachgebiets „Asyl“, der sich mit der Aufenthaltsbeendigung von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern befasst, vorgesehen.

Von diesen 17 dem Vollzugsbereich „Asyl“ zugeschalteten Stellen wurden – in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat – insgesamt 5 VZÄ für die Anlaufstelle und Passstelle des Sachgebiets „Asyl“ umgewidmet. Diese organisatorische Maßnahme war nicht zuletzt auch bedingt durch die allgemein bekannte Schwierigkeit bei der Prognose der Flüchtlingszahlen; auf diese Problematik wurde in beiden Beschlussvorlagen ausdrücklich hingewiesen. Weitere Details können den Beschlussvorlagen entnommen werden.

Vor der Stellenzuschaltung im Beschluss vom 29.07.2015 waren für den Vollzugsbereich des Sachgebiets „Asyl“ 9,5 VZÄ im Stellenplan vorhanden; nach der oben genannten Aufstockung um 12 VZÄ besteht der Vollzugsbereich somit derzeit aus insgesamt 21,5 VZÄ in der Sachbearbeitung. Daneben wurde der Bereich um 2 VZÄ für Leitungspositionen erweitert.

Somit bleibt festzuhalten, dass zum jetzigen Zeitpunkt ausreichend Stellen bei der Ausländerbehörde vorgesehen sind, deren Schwerpunkt die Aufenthaltsbeendigung von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern darstellt. Von diesen 21,5 VZÄ sind – Stand 17.11.2016 – 6 Stellen besetzt; mit diesem Personalstand ist die Bewältigung der Aufgaben nur aufgrund des hohen Einsatzes der Beschäftigten möglich.

Das Kreisverwaltungsreferat arbeitet zusammen mit dem Personal- und Organisationsreferat mit Hochdruck an der Besetzung der durch die oben genannten Stadtratsbeschlüsse genehmigten und noch verfügbaren Stellen mit geeignetem und qualifiziertem Personal.

Die faktische Aufenthaltsbeendigung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber ist aber ohnehin erst möglich, wenn das erfolglos durchgeführte Asylverfahren sowie ein sich daran gegebenenfalls anschließendes Gerichtsverfahren rechtskräftig abgeschlossen wurden. Dies wird für den Großteil der Fälle frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2017 der Fall sein. Es ist davon auszugehen, dass die derzeit noch vakanten Stellen bis dahin besetzt sein werden.

Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, dass die Zentrale Ausländerbehörde Oberbayern nunmehr schrittweise die ausländerrechtliche Zuständigkeit bezüglich abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus bestimmten Herkunftsstaaten (z.B. sichere Herkunftsstaaten) oder in anderen Fällen, in denen keine bzw. nur eine geringe Bleibeperspektive besteht (z. B. Dublin-Fälle), übernimmt. Damit soll die Aufenthaltsbeendigung für einzelne Personengruppen langfristig bei der Zentralen Ausländerbehörde zentralisiert werden. Auch vor diesem Hintergrund ist gegenwärtig eine weitere Personalaufstockung bei der Ausländerbehörde nicht erforderlich.

Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da der Stadtrat mit dieser Angelegenheit nicht mehr befasst wird.

2. Abstimmung Referate

Die Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat zur Kenntnisnahme zugeleitet.

3. Unterrichtung des Korreferenten und der Verwaltungsbeirätin

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung II, Herrn Stadtrat Dominik Krause, sowie der Migrationsbeirat haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Forderung, die Anzahl der Beschäftigten bei der Ausländerbehörde, die vorrangig Rückführungen abgelehnter Asylbewerber bearbeiten, in einem ersten Schritt auf 18 Mitarbeiter zu verdreifachen und sich nach 18 Monaten erneut mit der Personalausstattung der für die Rückführung zuständiger Stellen unter Berücksichtigung und Darstellung der relevanten Zahlen zu befassen, wird nicht nachgekommen.
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02449 der Stadtratsgruppierung „ALFA“ vom 12.09.2016 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Böhle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über das Direktorium – HA II-V/SP
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
zur Kenntnisnahme.

V. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 24

Zu V.:

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

1. An das Personal- und Organisationsreferat
2. An das Direktorium, Geschäftsstelle des Migrationsbeirats
3. An das Direktorium, Fachstelle für Rechtsextremismus
zur Kenntnisnahme.
4. Mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat HA II/3
zur weiteren Veranlassung.

Am
Kreisverwaltungsreferat - GL 24